# **AKTUELLES**





CDU

Dr. Frank Schmädeke MdL



## Das waren unsere Landtagsthemen im März 2024

• "Mooroffensive" der Landesregierung

Ohne konkrete Maßnahmen und Bürgerbeteiligung?

• Technologieoffene Mobilitätswende ohne Verbote

Landesregierung gefährdet tausende Arbeitsplätze in Niedersachsen

Hochwassergeschädigten endlich helfen

Steuerliche Entlastungen schneller auf den Weg bringen

Sicherung der Energiewende

Ausbau der Hafenflächen in Niedersachsen

Landesaktionsplan gegen Einsamkeit

Verankerung des Themas muss querschnittlich erfolgen

Royaler Besuch im Landtag

Präsidentin Hanna Naber empfing meine königlichen Gäste





Niedersächsischen Landtags Hannah-Arendt-Platz 1 30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de



0170 22 08 756



www.frank-schmaedeke.de





## "DIE "MOOROFFENSIVE" DER LANDESREGIERUNG-

Ohne konkrete Maßnahmen und Bürgerbeteiligung?

"Wir brauchen mehr als nur gute

Absichten. Es ist Zeit für konkrete Maßnahmen, die den Herausforderungen des Moor- und Klimaschutzes gerecht werden, der aktuelle Antrag der Regierungsfraktionen ist viel zu vage. Vor allem brauchen wir eine stärkere Einbindung der betroffenen Bevölkerung", hielt ich dem Antrag der Regierungsfraktionen im März-Plenum entgegen.

"Die Menschen vor Ort müssen in den Planungsprozess einbezogen werden. Ihre Expertise ist unverzichtbar. Wir dürfen Ängste der Anwohner nicht ignorieren. Die "Mooroffensive" muss ökonomische Nachhaltigkeit und Klimaschutz verbinden. Ich warne davor, die wirtschaftlichen Auswirkungen zu unterschätzen"

Abschließend appelliert Schmädeke an die Zusammenarbeit aller Beteiligten, um eine Mooroffensive zu schaffen, die ihren Namen verdient.
Wir müssen jetzt handeln. Die Zukunft unserer Moore und unseres Klimas hängt davon ab.

#### Dr. Frank Schmädeke

(CDU-Landtagsabgeordneter, Mitglied im Umweltausschuss)

eiligten, um
en,
ab.

## TECHNOLOGIEOFFENE MOBILITÄTSWENDE OHNE VERBOTE -

Landesregierung gefährdet tausende Arbeitsplätze in Niedersachsen

"Seit mehr als 16 Monaten wird die Automobilindustrie von Rot-Grün vernachlässigt. Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung eine klare Position zugunsten unserer Automobilindustrie einnimmt. Sie gefährdet mit ihrem Kurs tausende Arbeitsplätze in Niedersachsen", so der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Marcel Scharrelmann.

"Die Vielfalt der technologischen Lösungen muss anerkannt werden, um eine erfolgeiche Mobilitätswende zu gestalten. Die CDU-Fraktion fordert deshalb von der Landesregierung konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Förderung innovativer Mobilitätskonzepte".

"Wir wollen das Verbrennerverbot wieder abschaffen und die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln. Der Zertifikatelhandel wird von der EU auf den Transportsektor ab 2027 ausgeweitet und setzt ausreichende Anreize für eine klimaneutralen Mobilität. Starre technologische Verbote braucht es nicht".
"Die Automobilindustrie ist eine der wichtigsten Branchen in Niedersachsen und verdient unsere volle Unterstützung."

Er betonte die Bedeutung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. "Es ist an der Zeit, dass die Landesregierung endlich ihre Verantwortung wahrnimmt und konkrete

Maßnahmen zur Unterstützung der Automobilbranche ergreift", "Wir müssen den Herausforderungen des Strukturwandels mit einer klaren und umfassenden Strategie begegnen."

#### Marcel Scharrelmann MdL

(verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion)



WEDERSÄCHSISCHER LANDT





## HOCHWASSERGESCHÄDIGTEN ENDLICH HELFEN -

steuerliche Entlastungen schneller auf den Weg bringen

"Das Dezember-Hochwasser hat

unzählige Existenzen bedroht und erfordert klare Maßnahmen, um den Betroffenen zu helfen. Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung endlich handelt und den Menschen in Not zur Seite steht. Das Leid der Betroffenen darf nicht weiter ignoriert werden, und es ist inakzeptabel, dass bisher keine angemessenen Maßnahmen ergriffenund noch nicht einmal mit dem Bund gesprochen wurde", betont der CDU-Abgeordnete und Mitglied im Haushaltsausschuss Björn Thümler.

Bei den Hochwassern 2013 und 2017 haben Bund und Land eine Reihe von Entlastungen zugestanden, damit das Besteuerungsverfahren die Not nicht unnötig vergrößert. Genau das verweigere die Landesregierung jetzt. Die allermeisten dieser Erleichterungen hätten überhaupt nichts gekostet, bei anderen wären Steuerzahlungen lediglich in Folgejahre verschoben worden.

Die Landesregierung und das zuständige Finanzministerium sehen keinen Handlungsbedarf. In Niedersachsen sei kein Katastrophenfall, sondern nur ein "außergewöhnliches Ereignis" ausgerufen worden. Eine Vorstufe zum Katastrophenfall, die man allein aus administrativen Gründen und nicht zur Beschreibung eines Schadensumfangs in das Katastrophenschutzgesetz aufgenommen hatte.

Wie ein Winkeladvokat zieht man daraus den Schluss: Steuerliche Erleichterungen seien nicht notwendig. Die Finanzämter könnten innerhalb ihrer Spielräume individuell auf Betroffene eingehen. "Weil der Finanzminister sich nicht kümmern mag, sollen Sachbearbeiter des mittleren und des gehobenen Dienstes die Verantwortung dafür übernehmen", so Thümler, "das ist abtauchen vor der eigenen Verantwortung."

#### **Björn Thümler**

( CDU-Abgeordnete und Mitglied im Haushaltsausschuss

## SICHERUNG DER ENERGIEWENDE -

Ausbau der Hafenflächen in Niedersachsen

in Niedersachsen schnellstmöglich ausbauen, um die Ziele der Energiewende zu erreichen, dies hat die alarmierende Studie der Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Seehäfen über die Unzulänglichkeiten der aktuellen Hafeninfrastruktur ergeben", so CDU-Hafenexperte Hartmut Moorkamp.

"Wir müssen die Hafenflächen

"Unsere Häfen bieten Chancen für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Erschließung neuer Märkte. Es ist enttäuschend, dass den Ankündigungen von Bund und Land zur Finanzierung der Infrastrukturprojekte kaum Taten folgen."Niedersachsen

muss beim Ausbau stärker vorleisten und Finanzmittel bereitstellen. Die Zusage des Lan-des für den Ausbau in Cuxhaven mit 100 Millionen Euro sei ein Schritt in die richtige Richtung, aber die Beteiligung des Bundes stehe noch aus.

Angesichts drohender Verzögerungen und des potenziellen Scheiterns eines Schlüsselprojekts kündigte Moorkamp an, eine Unterrichtung im Ausschuss zum Sachstand zu fordern. "Wir müssen jetzt handeln, um Niedersachsen als Energiedrehscheibe zu etablieren und unsere Chancen nicht zu gefährden".

#### **Hartmut Moorkamp MdL**

(Hafenexperte der CDU-Landtagsfraktion)





### LANDESAKTIONSPLAN GEGEN EINSAMKEIT-

Verankerung des Themas muss querschnittlich erfolgen

"Vor fast genau einem Jahr hat die CDU-Fraktion einen Entschließungsantrag vorgelegt, der aufzeigt, wie Einsamkeit landesweit bekämpft werden kann. Erst nach zehn Monaten hat die rot-grüne Landesregierung endlich einen eigenen Antrag vorgelegt, der jedoch weit hinter den Forderungen der CDU zurückbleibt.

Die Anträge unterscheiden sich vor allem darin: Wir sagen, wer was machen soll, sie sagen, was gemacht werden soll, aber nicht von wem", so die Landtagsabgeordnete und Mitglied im Sozialausschuss Sophie Ramdor.

"Es ist richtig, dass Einsamkeit erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann", betont Ramdor. "Aber leider enthält der Antrag der regierungstragenden Fraktionen keine konkreten Handlungsmaßnahmen dazu. Im Gegensatz dazu hat die CDU klare Vorschläge gemacht, wie das Bewusstsein für Einsamkeit gestärkt und die gesundheitlichen Auswirkungen erkannt und bekämpft werden

können", so Ramdor weiter. Sie fordert die Verankerung des Themenfelds Einsamkeit und soziale Isolation in relevanten Studiengängen wie Medizin oder soziale Arbeit.

"Das ist ein konkreter Schritt, um das
Bewusstsein zur Thematik Einsamkeit
auszubauen", erklärt sie. Des Weiteren
betont Ramdor die Bedeutung einer
gesamtgesellschaftlichen Zusammenarbeit
zur Bekämpfung von Einsamkeit. "Wir
müssen Akteure aus Politik, Sozialwirtschaft
und der organisierten Zivilgesellschaft
zusammenholen." Die CDU-Fraktion fordert
deshalb von der Landesregierung die
Erarbeitung
eines Landesaktionsplans
gemeinsam mit Kommunen und
Organisationen der freien Wohlfahrt.

#### Sophie Ramdor MdL

(CDU- Landtagsabgeordnete und Mitglied im Sozialausschus)

## ANTISEMITISMUS UND EXTREMISMUS AN NIEDERSACHSENS HOCHSCHULEN -

CDU bringt Gesetzesinitiative ein

In einer eindringlichen Rede im Landtag hat die wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Cindy Lutz, eine Gesetzesinitiative der CDU zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes eingebracht.

Sie sieht die Einführung eines hochschuleigenen Ordnungsrechts vor, das schnell und effektiv gegen Antisemitismus, Extremismus und Gewalt an Hochschulen vorgehen kann. Ein klarer rechtlicher Rahmens, um angemessen auf antisemitische und extremistische Vorfälle zu reagieren und sicherzustellen, dass Hochschulen für alle tudierenden und Hochschulangehörigen sicher sind", so Lutz.

Der vorgeschlagene Gesetzesentwurf sieht eine differenzierte Herangehensweise vor, um den Hochschulen bei den Sanktionsmöglichkeiten Flexibilität zu gewährleisten, umfasst einen erweiterten Katalog von Ordnungsverstößen und stellt sicher, dass bei der Störungsabwehr der Schutz der Grundrechte Dritter im Fokus steht. Da, wo Gewalt oder schwerwiegende Störungen des Hochschullebens vorliegen, müssen die Hochschulen handlungsfähig sein, und zwar auf Basis einer gesetzlichen Grundlage".

#### **Cindy Lutz**

(CDU-Landtagsfraktion wissenschaftspolitische Sprecherin)





## STEIGENDE SCHULABBRECHERQUOTE -

CDU fordert entschlossene Maßnahmen

"Die steigende Zahl von Schulabbrechern ist ein Alarmsignal für unser Bildungssystem. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen die Schule ohne Abschluss beenden und dadurch ihre Zukunftschancen massiv beeinträchtigt werden", betont die CDU-Landtagsabgeordnete Sophie Ramdor.

Ramdor kritisiert vor allem die mangelnde Unterstützung und Förderung für benachteiligte Schülerinnen und Schüler sowie die unzureichenden Maßnahmen zur Prävention von Schulabbrüchen.

"Es ist bedauerlich, dass die rot-grüne Landesregierung dieses Problem nicht ernsthaft angeht und keine wirksamen Strategien zur Verhinderung von Schulabbrüchen entwickelt", so Ramdor weiter.

Dabei gibt es seit 2020 die rechtlichen Voraussetzungen, die Daten dieser Schüler und Schülerinnen an die Behörden weiterzureichen, damit sie nicht durch das Raster fallen. Diese Möglichkeit muss auchNiedersachsen umgesetzt werden. Zudem benötigen wir ein ganzheitliches Konzept zur Prävention von Schulabbrechern, das auf frühzeitige Intervention, individuelle und gezielte Förderung und Unterstützung setzt", erklärt Ramdor.

"Die rot-grüne Landesregierung muss das Problem der steigenden Schulabbrecherquote ernst nehmen und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen und zur Verhinderung von Schulabbrüchen umsetzen. Es liegt in unserer Verantwortung, allen Schülerinnen und Schülern eine hochwertige Bildung und gute Zukunftschancen zu ermöglichen. Wir müssen dafür gemeinsam handeln".

#### **Sophie Ramdor**

(CDU-Landtagsfraktion, Mitglied im Kultusausschuss)

## REFORM DES POLIZEIGEBÜHRENSYSTEMS

Gebühren-Chaos beenden

"In seinem Jahresbericht 2022 hat der Landesrechnungshof deutlich aufgezeigt, dass trotz

erheblicher Mängel bei der Be-und Verrechnung von Polizeigebühren bis heute keine wirklichen Fortschritte erzielt wurden.

Folge: gebührenpflichtige Amtshandlungen oft nicht erfasst und abgerechnet, was die Effizienz und Gerechtigkeit des Systems erheblich beeinträchtigt. Die Verantwortung für diese Missstände trägt ganz klar die zuständige Ministerin, Frau Behrens", so die Landtagsabgeordnete Saskia Buschmann. "Die Einführung von Gebühren für den Einsatz unmittelbaren Zwangs seitens der Polizei ist längst überfällig", so Buschmann.

Es fehle außerdem an Geld für mehr Per-

sonal, eine bessere Ausstattung und moderne Gebäude für die Polizei. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion André Bock fordert eine Anpassung der Gebührenordnung und eine Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG). Diese Änderung soll sicherstellen, dass die Kosten für polizeiliche Einsätze gerecht erhoben und eingetrieben werden können.

Es ist höchste Zeit, das Gebührenrecht zu ordnen und sicherzustellen, dass die Kosten für polizeiliche Einsätze gerecht und effizient erhoben werden.

Saskia Buschmann André Bock

(CDU-Landtagsfraktion)

Innenpolitischer Sprecher)





## **Royaler Besuch im Landtag -**

Präsidentin Hanna Naber empfing königlichen Gäste

Der Empfang der niedersächsischen Produktmajestäten sorgte im Niedersächsischen Landtag in Hannover für viel Aufsehen in der Mittagspause des Plenums.

Landtagspräsidentin Hanna Naber (SPD) begrüßte die zahlreichen Majestäten und ihre Begleitungen in der

in der Portikus- Halle des ehemaligen Welfenschlosses. "Sie alle", betonte die Präsidentin bei ihrer herzlichen Ansprache "tragen heute den Produktreichtum unseres Landes ins Parlament!"





Auch *Ministerpräsident Stephan Weil* (SPD) ließ es sich nicht nehmen, einige Worte mit den Königinnen und Königen zu wechseln, die zum Beispiel als Korn- oder Kartoffel-, Heide-, Kirschoder Blütenkönige und Königinnen dem Landtag royalen Glanz verliehen.

Die Idee zum Landtagsbesuch war im Dezember beim Adventstreffen der niedersächsischen Produktmajestäten in der Nienburger DEULA entstanden, als ich feststellen musste, dass die

meisten der Majestäten noch nie im Landtag empfangen wurden. Kurzerhand organisierte ich daraufhin den Kontakt nach Hannover.

Unter den Repräsentanten niedersächsischer Produktvielfalt war auch die **Nienburger Spargelkönigin Marleen Graue**, die in Begleitung von Marianne und Herbert Schriever an dem Treffen teilnahm.

Schriever, der sich im Vorfeld sehr engagierte, um möglichst viele der Majestäten aus ganz Niedersachsen an diesem Mittag im Landtag in Hannover zu versammeln, freute sich über die große und sehr bunte Gruppe, den gelungenen Empfang und die Anerkennung für "seine" Majestäten, die ihr royales Jahr ehrenamtlich und neben Beruf und Ausbildung wahrnehmen.

Nach einer Führung durch den Landtag, einem Besuchs im Büro der Präsidentin und einer kurzen Visite im leeren Plenarsaal, verabschiedete ich mich von meinen ganz besonderen Gästen.

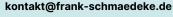


Dr. Frank Schmädeke MdL



Mitglied des Niedersächsischen Landtags Hannah-Arendt-Platz 1 30159 Hannover







0170 22 08 756

